



Kanton
Obwalden

Kantonsrat

Art des Vorstosses: ☒ Motion ☐ Postulat

Bitte unterzeichnetes Original dem Ratspräsidium abgeben und zusätzlich mit E-Mail weiterleiten an: staatskanzlei@ow.ch

Trennung Gesundheitsamt vom Finanzdepartement

Auftrag:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um auf die neue Legislatur, also per 1. Juli 2022, das Gesundheitsamt aus dem Finanzdepartement herauszulösen. Der Gesundheits- und der Sozialbereich sind gemeinsam in einem Departement anzusiedeln.

Begründung:

In die Zuständigkeit des Finanzdepartementes fallen viele gewichtige Themen: die herausfordernde Finanzlage des Kantons, Gesundheitsstrategie, Spital, Akutversorgungsstrategie, Steuern, IPV, Gesundheitsamt.

Der Vorsteher/die Vorsteherin des Finanzdepartementes trägt verschiedene Hüte gleichzeitig (Finanzdirektor/-in, Gesundheitsdirektor/-in), was zu Problemen führen kann. Dies hat sich auch im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie gezeigt.

So wird im Bericht über den Einsatz des kantonalen Führungsstabs im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, den der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 28. Januar 2021 zu Kenntnis genommen hat, auf S. 25 ausgeführt: „Bei der Ereignisbewältigung hat sich gezeigt, dass zwischen dem Gesundheitsamt und der Finanzverwaltung Zielkonflikte bestehen. So sollen einerseits ausreichende und teils kostenintensive Massnahmen zur Krisenbewältigung getroffen werden und andererseits versucht die Finanzverwaltung die finanziellen Auswirkungen der Pandemie auf die Kantonsfinanzen möglichst gering zu halten. Sind beide Ämter im gleichen Departement angesiedelt, wird ein grosser Teil der Abwägungen verständlicherweise departementsintern geführt. Dadurch, dass der KFS zwar die übergeordnete Koordination des Themas übernahm, das Finanzdepartement/Gesundheitsamt aber trotzdem seine Zuständigkeit für den Bereich Gesundheit und Bekämpfung des Coronavirus behielt, entstanden einzelne unklare Situationen bezüglich Federführung und Verantwortlichkeit –nicht zuletzt auch wegen den erwähnten „Doppelbesetzungen“.

Bereits früher hat die GRPK dem Regierungsrat im Rahmen des Budgets 2020 im Zusammenhang mit der finanziellen Situation des Kantonsspitals geschrieben, ein Wechsel der politischen Zuständigkeit für das Gesundheitsdossier sei dringend zu prüfen.

Im Gesundheitsbereich zeichnen sich weitere grosse Herausforderungen ab.

Ein Blick auf die demografische Entwicklung zeigt, dass bis 2050 mit einer deutlichen Zunahme der Altersgruppe der über 65-Jährigen zu rechnen ist. Dabei weist der Kanton Obwalden unter den Schweizer Kantonen eine der höchsten Zuwachsraten auf. Um diese grosse Herausforderung zu bewältigen, müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Die 2003 erarbeitete Altersstrategie ist nicht mehr aktuell und wurde nie im vorgesehenen Rahmen umgesetzt. Das Thema Alter muss von den Bereichen Gesundheit und Soziales bearbeitet werden und erforder-

dert eine enge Zusammenarbeit. Die Verortung dieser Themen in zwei verschiedenen Departementen erschwert die Arbeit. Unter dem Lead des Gesundheitsamtes muss eine ganzheitliche Gesundheitsstrategie erarbeitet werden.

Ferner muss auch die Prävention, ein weiteres strategisches Gesundheitsthema, partizipativ und eventuell auch in Zusammenarbeit mit Nidwalden angegangen werden. Es ist sehr wichtig, dieses Spezialwissen nicht auszulagern, sondern im Gesundheitsamt selbst aufzubauen und zu pflegen. Im Bereich der Palliativ- und vor allem der Demenzstrategie wurde die Erarbeitung bereits aufgeleitet.

Eine Gesundheitsstrategie über den ganzen Kanton fehlt. Das Gesundheitsamt muss personell dazu in der Lage sein, den Lead zu übernehmen und so vom Reagieren ins Agieren kommen. Notwendige gesundheitspolitische Weichenstellungen konkurrieren innerhalb des Finanzdepartementes mit dem Anspruch auf möglichst geringe Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen. Eine solch kurzfristige Betrachtungsweise führt langfristig zu einer höheren Belastung der Kantonsfinanzen.

Im Kanton Luzern und im Kanton Appenzell Ausserrhoden, die ebenfalls über einen fünfköpfigen Regierungsrat verfügen, werden der Gesundheits- und der Sozialbereich in einem Departement geführt.

Im Kanton Obwalden befindet sich der Sozialbereich gegenwärtig im Justiz- und Sicherheitsdepartement, während der Gesundheitsbereich zum Finanzdepartement gehört.

Datum: 27.5.2021 Urheber/-in: CSP Fraktion

Regula Gerig und Helen Keiser-Fürer

Mitunterzeichnende:

Gerig *H. Keiser-Fürer*

J. Vogler *Li*

S. J. B. Müller

C. Käfer

J. M. Huber

[Signature]

Stume

[Signature]

[Signature]